

Grenzregionen als Schlüssel in der EU-Politik

Aussenpolitik Die Zeit der Grundsatzdebatten zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ist vorbei. Der aussenpolitische Bericht 2012 zeigt die Handschrift von Bundesrat Didier Burkhalter.

VON DORIS KLECK

Seit einem Jahr führt Bundesrat Didier Burkhalter das Departement für auswärtige Angelegenheiten. Der FDP-Magistrat folgte auf Micheline Calmy-Rey – die Unterschiede könnten nicht grösser sein. Calmy-Rey liebte die Provokation und den öffentlichen Auftritt, Burkhalter die Diskretion: Seine Aussenpolitik hat er kaum je einer breiten Öffentlichkeit erklärt. Interviews sind eine Rarität. Wer also wissen will, wie die Schweizer Aussenpolitik unter Burkhalter funktioniert, dem sei der Aussenpolitische Bericht 2012 empfohlen. Die Landesregierung hat ihn gestern verabschiedet.

Im Bericht wird deutlich: Ein Schwerpunkt der Schweizer Aussenpolitik sind – natürlich – nach wie vor die Beziehungen zur EU. Doch die Zeit der Grundsatzdebatten, die Calmy-Rey in den Berichten noch halbherzig anzustossen versuchte, ist vorbei. Verlangte Calmy-Rey eine offene Debatte über die «Kosten und die Vorteile einer Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an internationalen Institutionen und Gremien», ist der Duktus im aktuellen Bericht ein anderer: Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind intensiv und insgesamt gut, trotz einiger schwieriger Dossiers wie Steuern,

Personenfreizügigkeit oder den institutionellen Fragen. Die Schweiz – so die Botschaft – hat sich für den bilateralen Weg entschieden und der EU Lösungsvorschläge für die institutionellen Probleme gemacht. Was es nun braucht, ist die Pflege der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, um die Schweizer Position zu erklären und Verständnis zu gewinnen. «Die EU ist das Produkt ihrer Mitgliedsländer», heisst es im Bericht. Der Satz bringt Burkhalters Politik auf den Punkt. Er hat im letzten Jahr 16 Aussenminister aus EU-Staaten getroffen.

Probleme regional lösen

Es erstaunt deshalb nicht, dass der Bericht den Beziehungen der Schweiz zu den Nachbarstaaten und den Auswirkungen auf das Verhältnis zur EU ein Sonderkapitel widmet. Es wird deutlich, dass für die bundesrätliche Aussenpolitik die Grenzregionen von zentraler Bedeutung sind. Denn dort lässt sich mit Investitionen Goodwill schaffen. Und dort wirken sich die Probleme aufgrund der bilateralen Verträge direkt aus. So wurde das Unverständnis der Nachbarstaaten gegenüber gewissen flankierenden Massnahmen, welche die Schweiz zum Schutz des Arbeitsmarktes ergriffen hatte, via Hauptstädte nach Brüssel rapportiert. Und zunehmend gelangten nicht nur die EU-Institutionen, sondern auch die der Schweiz «traditionell wohlge-

sinnten» Nachbarstaaten zum Schluss, dass die Beziehungen institutionell erneuert werden müssen. Burkhalter folgert daraus, dass Umsetzungsprobleme der bilateralen Abkommen bereits auf regionaler Ebene gelöst werden müssen.

Die neue Aussenpolitik sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit also als Schlüssel für ein gutes Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, die sich

schliesslich für die Schweiz in Brüssel einsetzen. Dieses Denken ist auch im Volkswirtschaftsdepartement angekommen: Ebenfalls gestern verabschiedete der Bundesrat den Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2012 und auch dieser beinhaltet ein Schwerpunktkapitel zur Bedeutung der Grenzregionen.

Viel Optimismus

Der aussenpolitische Bericht kommt zu einem positiven Fazit: «Die Intensivierung der diplomatischen Kontakte mit den Nachbarländern auf allen Ebenen hat die Entwicklung der Diskussionen mit der EU entscheidend beeinflusst», heisst es. Es wird davon ausgegangen, dass mit der EU die Aufnahme von Gesprächen möglich sein sollte, «mit denen Lösungen angestrebt werden, die sowohl die gemeinsamen Ziele der Erneuerung der institutionellen Architektur des bilateralen Wegs als auch die Souveränität und Autonomie der Schweiz berücksichtigen.»

Das ist optimistisch. Burkhalter wird an diesen Aussagen gemessen werden.

■ BERICHT: KRITIK WEGEN VENTILKLAUSEL

Im Aussenpolitischen Bericht bietet der Bundesrat einen **Überblick über die aussenpolitischen Aktivitäten** der Schweiz im Jahr 2012. Dabei hebt er sein Engagement hervor, **offene Fragen mit den Nachbarstaaten** «aktiv anzugehen und konstruktiv zu lösen». Namentlich bei Steuer- und Verkehrsfragen hätten **Fortschritte erzielt** werden kön-

nen, heisst es im Bericht. Der Bundesrat schreibt, die **Beziehungen zur EU** seien insgesamt gut, doch 2012 sei auch durch **«anhaltende Meinungsverschiedenheiten** zwischen der Schweiz und der EU» geprägt gewesen, namentlich bei der Frage, ob gewisse **flankierende Massnahmen zur Personfreizügigkeit** rechtens seien. Die An-

wendung der **Ventilklausel** löste gemäss dem Bundesrat etliche **negative Reaktionen** aus. Die Schweiz sei diplomatisch «sehr aktiv geworden», um den Beschluss zu erklären. Allerdings sei «in aller Deutlichkeit» der Wunsch geäussert worden, **dass die Ventilklausel 2013 nicht reaktiviert werde**. Zum

Steuerstreit mit den USA bekräftigt der Bundesrat, dass er weiterhin eine **Globallösung** anstrebt. Im Rahmen dieser Lösung sei es an den Banken, Vergleiche mit den US-Behörden abzuschliessen. Zu den **Meilensteinen** im Jahr 2012 zählt der Bundesrat die definitive Bestätigung, dass die Schweiz 2014 den **OSZE-Vorsitz** übernehmen wird. (DK)